

Wird der Lokaljournalismus missachtet?

Grafschafter Landespolitiker äußern sich zur heftigen Branchenkritik an den Wahlprogrammen der Parteien

Guntram Dörr

GRAFSCHAFT Was ist der Politik hochwertiger Lokaljournalismus wert? Zeitungsverlage mit ihren Print- und Digitalprodukten, aber auch kommerzielle Radiosender stehen in dieser Hinsicht offenbar nicht mehr allzu hoch im Kurs. Ihre inhaltlichen Produkte, die als Garanten für eine aufgeklärte, professionell informierte Gesellschaft stehen, sind den Parteien mit Blick auf die Landtagswahl am 9. Oktober jedenfalls keine Erwähnung wert. Stattdessen denken SPD, CDU, FDP und Grüne in ihren Wahlprogrammen an eine Förderung des NDR, des Bürgerfunks und gemeinnütziger Journalismus-Projekte.

Nun formiert sich Widerstand aus den Reihen des Verbandes Nordwestdeutscher Zeitungsverleger und Digitalpublisher (VNZV). Vorsitzender Jochen Anderweit, zugleich Verleger und Geschäftsführer der Grafschafter Nachrichten, spricht von „falsch gesetzten mediopolitischen Impulsen“ (die GN berichteten) und stellt fest: „Den Parteien fehlt es grundlegend an Vorstellungen und Strategien, wie sie dem privaten Radio und den Lokalzeitungen in

Zeiten digitaler Transformation helfen können.“

SPD: Der gesellschaftliche Konsens ist bedroht

Wie sehen das die Grafschafter Landespolitiker? Grundsätzlich verständnisvoll, wie eine Befragung durch die GN-Redaktion ergab. Für den SPD-Landtagsabgeordneten Gerd Will ist die Kritik der Verleger nachvollziehbar: „Jeder sagt, freie und unabhängige Medien sind wichtig, aber mit Blick auf die Wahlprogramme der Parteien war es das dann auch.“ Der scheidende Abgeordnete zeigt sich zutiefst besorgt über eine Entwicklung, in der soziale Netzwerke bereits teilweise eine Ersatzfunktion für professionell veröffentlichte und überprüfte Informationen übernehmen. Durch Fake News entstehe eine nahezu völlig unüberschaubare Lage: „Da verschiebt sich etwas, der gesellschaftliche Grundkonsens wird über den Haufen geworfen.“

Für die Sicherung von Presse- und Pressegewerkefreiheit müsse mehr getan werden, die Probleme für klassische Verlagshäuser durch den enormen Strukturwandel sollten seiner Ansicht nach ein Thema für



Medien im schwierigen Strukturwandel: Auch die GN setzen auf die Zukunft des digitalen Informationsangebotes und wollen gleichzeitig ihre Printleser im Blick behalten. Foto: J. Lüken

Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl am 9. Oktober sein. Grundsätzlich hält er es für sinnvoll, den Gesprächsfaden zwischen Politikern und Verlegern wieder aufzunehmen und einen intensiveren Austausch anzustreben: „Das hat sich doch über Jahrzehnte bewährt.“

CDU: Überlebenswichtig für die Demokratie

Bei allgemeiner Wertschätzung, die unverbindlich bleibt, belässt es der CDU-Landtagsabgeordnete Rein-

hold Hilbers. Er spricht gegenüber den GN davon, dass „unabhängige Medien für unsere Demokratie überlebenswichtig“ seien und sagt namens der Christdemokraten „eine aktive Begleitung im Zuge des Transformationsprozesses bei der Digitalisierung der Medienlandschaft“ zu. Konkret verweist Hilbers lediglich auf das neue Landesmediengesetz, mit dem lokale und regionale Rundfunkveranstalter, Presseverlagen und „rundfunkähnlichen Telemedien“ eine Förderung der journalistischen Aus- und Weiter-

bildung in Aussicht gestellt werde.

FDP: Unternehmerische Risiken selber tragen

Der FDP-Abgeordnete Thomas Brüninghoff erkennt „die schwierige Situation der Branche“ und nennt dabei steigende Energie- und Papierpreise. Den Liberalen seien lokale und regionale Medienanbieter wichtig: Tageszeitungen wie die GN seien in der Lage, ihre Leser „nicht nur zu informieren, sondern auch emotional zu erreichen“. Die FDP kann sich eine schlankere Bürokratie vorstellen, um kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten. Einer Förderung der Zeitungszustellung stehe seine Partei offen gegenüber, teilte Brüninghoff mit. „Notwendige Schritte und unternehmerische Risiken“ müssten die Zeitungsverlage jedoch selber gehen und tragen.

Grüne: Teilhabe durch Digitalausgaben

Einen „persönlichen Lösungsansatz für eine mögliche finanzielle Entlastung des kommerziellen Medienangebotes“ bringt die Landtagskandidatin der Grünen, Theresa Sperling, ins Ge-

spräch. Sie kann sich vorstellen, die Digitalausgaben qualitativ hochwertiger Tageszeitungen in soziale Teilhabepakete zu integrieren. Damit erhielten Bürger, die finanziell schwach aufgestellt sind, einen staatlich subventionierten Zugang „zu einem wesentlichen Teil der Bildung, Information und Integration“. Zum anderen steige damit der gesicherte Absatz des entsprechenden Zeitungsverlages erheblich – und dies ohne zusätzliche Kosten für Papier und Zustellung. Eine solche staatliche Unterstützung wäre aus Sperlings Sicht darüber hinaus denkbar für alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10, für Azubis und Studierende.

Hintergrund: Im Nordwesten der Republik repräsentiert der VNZV 40 Zeitungsverlage, die täglich eine verkaufte Auflage von fast 966.000 Exemplaren herausgeben und damit rund 2,9 Millionen Leser erreichen.

➔ Wie geht es weiter? In der Samstagsausgabe wird sich GN-Verleger und -Geschäftsführer Jochen Anderweit in einem Meinungsbeitrag zur aktuellen Diskussion um die Zukunft der Medienvielfalt in Niedersachsen äußern.